



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/37 - 13.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Neofaschismus militärisch organisiert	S. 1
Wo Divisionen versagen	S. 3
Pankow und die deutsche Einheit	S. 5
Vor einer zweiten bedingungslosen Kapitulation ?	S. 7

Ein Freikorps als Neuauflage des Nationalsozialismus

et. Es ist kein Zufall, wenn die neueste und radikalste Bewegung im Lager der Rechten, die sich "Freikorps Deutschland" nennt, als Schauplatz ihres geplanten ersten Treffens in den Ostertagen 1952 die Lüneburger Heide erwählt hat. Man weiß, daß in den nördlichen Kreisen Niedersachsens die gesinnungsverwandte SRP ihr eigentliches Reservoir besitzt, aus dem die Freikorpsleute zu schöpfen gedenken. Denn der Neofaschismus der Kemmer-Partei sieht sich bereits überflügelt von einer Bewegung, die noch viel eindeutiger auf dem Nationalsozialismus basiert.

Enthüllungen neueren Datums haben ergeben, daß die eigentlichen Aktionszentren dieses "Freikorps Deutschland" nicht in den ländlichen Gebieten Niedersachsens liegen, sondern in den Randbezirken der beiden norddeutschen Großstädte Hamburg und Bremen. Von Hamburg ging die Gründung des Freikorps aus, und Bremen stellt heute mit der "Freischar Nürnberg" und als Sitz des Korpsabschnittes Nord-West eine der bedeutendsten Gruppen dieser neofaschistischen Avantgarde.

Im organisatorischen Aufbau lehnt sich das "Freikorps Deutschland" stark an militärische Vorbilder an. Abteilung Ia ist die Führung, Ib die Organisation, Ic ist Propaganda, Abwehr und Information. So geht es weiter bis zur Abteilung IV, den Betriebs- und Organisationszellen. Der Aufbau von unten nach oben: Staffeln, Züge, Freischaren, Abschnitte und Führung.

Die eindeutige Ideologie dieser Ultrarechtsbewegung ergibt sich aus einigen unmißverständlichen Fakten. Die zwölf Freischaren des Freikorps tragen Namen wie Nürnberg, Dönitz, Marschall Petain, Werl, Landsberg usw. Das gemeinsame Symbol ist das Balkenkreuz, wie es im Kriege die deutschen Flugzeuge und Panzer zeigten. Die Führungsstellen sind durchweg Leuten anvertraut, die sich als "alte Kämpfer" und hauptamtliche Funktionäre in der SA, SS und HJ bewährt haben. Als verantwortlicher Mann der Schulung des Freikorps wird der ehemalige Gauleiter Frauenfeld-Hamburg genannt. Bei der ideologischen Untermauerung spielen Hauptmann a.D. Stennes und der aus der Bruderschaft bekannte Beck-Broichsitter eine wesentliche Rolle. Schirmherr ist Oberst a.D. Rudel, der noch in Argentinien sitzt und nach seiner - für die Osterzeit erwarteten - Rückkehr den kommissarischen Führer Lampe-Hamburg ablösen und die Führung übernehmen soll.

Deutlicher als das verschwommene soziale Programm der Freikorpsbewegung sind ihre politischen Ziele. An oberster Stelle stehen dabei neben der Sammlung aller "soldatischen Kräfte" die Beseitigung des Parlamentarismus, die Abschaffung der Demokratie und die Einführung des Führerprinzips. Als Thema der Staffelaufgabe kehrt sehr oft das Problem des Völkischen wieder, ein Beweis, daß auch antisemitische Tendenzen in dieser Ideologie geistern.

"Unsere Ehre heißt Treue, unser Glaube heißt Deutschland", ist die Parole, die zum Jahresanfang an die Freiwilligen, die Kerntroop des Freikorps, von Abschnittsleiter Hawranke-Bremen ausgegeben wurde. Nicht mehr zu überbieten im Bekenntnis zum Nationalsozialismus ist die programmatische Erklärung: "Zukunft und Herz des Deutschen Reiches liegen nicht in Bonn oder Pankow, sondern in den Trümmern der Reichskanzlei und in den Händen der deutschen Frontsoldaten". Hier läßt die mythologisch verbräunte Zielsetzung dieser politischen Hasardeure die letzte Maske fallen. Der aggressiv militante Charakter des Freikorps bestätigt sich in der Einheitskleidung und der vormilitärischen Ausbildung, die allerdings beide zunächst noch auf dem Papier der vielen Führungsbefehle stehen.

Nach einem Wort von Karl Marx wird jede Tragödie der Weltgeschichte in der kopierenden Wiederholung zu einer Farce. Aber auch die Farce des Nationalsozialismus ist ein Schandfleck, den aus unserem politischen Leben auszulöschen die Verantwortlichen nicht zögern sollten.

Asiatische Gewitterwolken und amerikanisches
Rätselraten

H.St.-Washington, Mitte Februar

Um die Jahreswende herum waren in Amerika alle Leute optimistisch. Von Präsident Trumans großer Jahresbotschaft an den Kongreß bis herab zum letzten und kleinsten Provinz-Vereinsredner hörte man, in Weihnachtsansprachen und Jahres-Schlußbilanzen, immer wieder die gleiche weltpolitische Prophezeiung: Die Kriegsgefahren haben sich ein wenig verringert; die amerikanische Aufrüstung beginnt, ihre abschreckende Wirkung auf potentielle Angreifer auszuüben; der Krenl merkt, daß es ernst wird und die Rote Armee nicht mehr allein auf weiter Flur ist; die Front der freien Staaten, im Atlantik-Pakt und bald auch im Pazifik-Pakt fange an, sich zu festigen - und so werde wohl das Jahr 1952 ohne größere Kriegserschütterungen vorübergehen - obwohl natürlich höchste Wachsamkeit nach wie vor am Platze sei.

Heute sind diese freundlichen Zukunftsvisionen verstutzt und gleichsam über Nacht von der Bildfläche verschwunden. An ihre Stelle ist ein außenpolitischer Situationsbericht getreten, der düster und drohend aussieht, der ein allgemeines Gefühl der Beklemmung weckt, wie in den kritischsten Tagen des Krieges in Korea.

Es wäre falsch, die komplizierte neue Lage, deren Gefahrenzentren in Südost-Asien (Indochina, Malaya, Burma) und im Orient liegen damit charakterisieren zu wollen, daß man sagt, die Kriegsgefahren hätten sich plötzlich vergrößert und die Möglichkeit einer rotchinesischen Intervention, zum Beispiel in dem Viet-Nam-Konflikt, in Französisch-Indochina oder in dem permanenten Bürgerkrieg in Burma sei jetzt größer als zuvor. Denn wir wissen heute, daß ein direkter bewaffneter Einfall der Rot-Chinesen in irgendein der an China angrenzenden Länder in Südost-Asien oder gar ein direkter Einmarsch der Russen in Iran automatisch eine sofortige militärische Aktion der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten hervorrufen würde. Zwar würde, etwa in Viet-Nam oder Burma, Amerika keine Bodentruppen einsetzen, aber es würde Flotte und Luftwaffe zur Verfügung stellen und vermutlich auch vor der Bombardierung von Stützpunkten, Industriezentren, Verkehrsknotenpunkten, Häfen etc. auf chinesischen

Territorium nicht mehr zurückschrecken; es ist klar, daß das für Stalin und Mao-Faetung vielleicht keine Niederlage, aber bestimmt ein kostspieliges, langes, blutiges und vermutlich unentschieden ausgehendes Experiment bedeuten müßte, ganz ähnlich wie in Korea - und dieses Beispiel war für künftige Köchtagers-Aggressoren ja wirklich nicht sehr ermutigend.

Aber wenn demnach die Gefahr einer direkten militärischen Intervention einer kommunistischen Regierung nicht sehr akut ist, so sind andere Gefahren dafür umso größer - und da beginnt die amerikanische Ratlosigkeit. Gegen innere Zermürbungs- und Unterminierungstätigkeit kommunistischer "Fünfter Kolonnen", gegen örtliche Guerillagruppen, unterirdische Sabotage, gegen Terrorakte und Erpressungsmanöver an schwachen und schwankenden Lokalgewalten, gegen illegalen Waffenschmuggel und geheime Querverbindungen zwischen Kommunisten und einheimischen nationalistischen und feudalistischen Gruppen von rechts - gegen alle diese Dinge sind amerikanische Panzerkreuzer und Bodenflugzeuge ja machtlos und militärische Bündnisse und Generalstabsabkommen würden totes Papier bleiben, weil ja keinerlei "Kriegsfall" oder "Bündnisfall" vorliegt.

Theoretisch ist das einzige Rezept, das man gegen diese drohende Gefahr der Aushöhlung von innen gefunden hat, einigermaßen klar: Stabile Regierungen, kraftvoller Widerstand einer nationalbewußten, freiheitlichen Bevölkerung gegen den kommunistischen Imperialismus, gründliche Reformen im Innern, Bodenreform, Sozialgesetzgebung, gewerkschaftliche Mindestlöhne für die Landarbeiter und ähnliches mehr. Das ist ein langfristiges Programm, das überdies viel Geld, viel Anstrengung, viel guten Willen und nicht zuletzt viel politische Reife fordert.

Der amerikanische Kongreß läßt jedoch keine kostspieligen Experimente und anderen interessierten Ländern fehlt es an Kapital; vielfach strittet man sich über Mittel und Wege, vielfach boykottieren Großgrundbesitzer und Feudalbarren jeden Fortschritt, und vielfach fehlt es an Wille, Kraft und Einsicht zu planmäßigem Aufbau. Und diese inneren Gefahren sind bestimmt eroster und tragischer als alle notchinesischen Divisionen zusammen genommen.

Die Katze aus dem Sack ...

E.Z. Man ist sich in Berlin-Pankow völlig klar darüber, daß mit der Propagierung einer deutschen Neutralitätspolitik, vor allem aber mit der Hetze gegen die Eingliederung Deutschlands in das Kräftepotential des demokratischen Westens bei der Masse der Sowjetzonenbevölkerung keine Früchte zu ernten sind. Umso mehr muß im Hinblick auf die Stagnation der propagandistischen Beeinflussungsmöglichkeiten in der Zone eine neue Aktivität der SED entwickelt werden.

Nun war mit der Verabschiedung des Bonner Wahlgesetzvorschlages für die kommunistischen Agitatoren in Berlin-Pankow eine neue Situation entstanden. "Das Schweigen des Westens" konnte nicht mehr als Ausgangsbasis für die agitatorische Bearbeitung der Sowjetzonenbevölkerung benutzt werden. Da man aber eine Auseinandersetzung mit dem Bonner Wahlgesetzvorschlag soweit scheute, daß sogar in der Ostzonenpresse jede Berichterstattung über den wichtigen Beschluß des Bundestages unterbleiben mußte, zog man es vor, neben dem massiven Angriff auf die Bundestagsdebatte über den Verteidigungsbeitrag gleichzeitig einen allgemeinen Angriff auf die Ablehnung des Pankower Wahlgesetzentwurfs durch die Bundesrepublik einhergehen zu lassen. Freilich hatte man zunächst in Berlin-Pankow nicht einmal den Mut, der Sowjetzonenbevölkerung den Wahlgesetzentwurf des Bundestages bekanntzugeben. Die Sowjetzonenpresse erhielt lediglich den Befehl, die Tatsache, daß der Bonner Wahlgesetzvorschlag den Alliierten übergeben werden soll, als diffamierenden Beweis für die "Hörigkeit" der westdeutschen Parteien gegenüber den "westlichen Imperialisten" hinzustellen.

Man hatte auch guten Grund für diese Taktik. Im Artikel 4 des Bonner Gesetzentwurfes wird nämlich eindeutig klargestellt, daß die aus den gesamtdeutschen Wahlen hervorgehende Nationalversammlung die Aufgabe hat, sofort bis zum Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen. In dem vom SED-Chef Ulbricht vorgeschlagenen Wahlgesetzentwurf war selbstverständlich von einer solchen Aufgabe nicht die Rede, weil man ja in Berlin-Pankow hoffte,

nach der Wahl der Nationalversammlung genügend Zeit zu haben, um die gesamtdeutsche Entwicklung im Moskauer Sinne dirigieren zu können. Nicht umsonst hat man auch in Berlin-Pankow die Erklärung Gesamtdeutschlands zu einem einzigen Wahlkreis, wie sie von Bonn gefordert wird, abgelehnt. Der frühere Chef von Piecks Präsidialkanzlei, Zuckermann, hatte nicht ohne Grund in der sowjetrussischen "Tägliche Rundschau" nochmals die Notwendigkeit unterstrichen, dass die einzelnen Wahlkreise der Sowjetzone die Möglichkeit haben müßten, ihre Kandidaten für gesamtdeutsche Wahlen selbst zu überprüfen. Mit anderen Worten: Die Machthaber der Sowjetzone sollen in der Lage sein, nach dem Musterbeispiel der Scheinwahlen vom Oktober 1950 nur im Sinne der SED linientreue Kandidaten zu nominieren.

Damit aber nicht genug: Die "Tägliche Rundschau" ließ an dem Tage, der der Annahme des Bonner Wahlgesetzentwurfes durch den Bundestag folgte, den Völkerrechtler der ostberliner Universität, Prof. Baumgarten, zu Worte kommen, der die Aufgabe hatte, gegenüber der Sowjetzonenbevölkerung den Vorwurf zu widerlegen, die SED plane nach den gesamtdeutschen Wahlen eine innere Aggression. Baumgarten versuchte nicht nur den Beweis dafür zu bringen, daß die SED / KP nach Art. 21, Abs. 1 des Grundgesetzes eine "rein demokratische Organisation" sei, sondern auch dafür, daß in Berlin-Pankow keineswegs die Absicht bestehe, das "Regime der DDR auf ganz Deutschland auszudehnen".

Eine solche Beweisführung war nicht nur als eine Beruhigungspille für die Bevölkerung der Sowjetzone, sondern auch als Lockmittel für die weniger entschlossenen Bevölkerungskreise Westdeutschlands gedacht. Der sowjetischen "Tägliche Rundschau" passierte freilich das Mißgeschick, daß sie nur wenige Tage vorher in einem anderen Artikel, der die Sonderstellung der DDR gegenüber den kommunistischen Herrschaftsbereichen der UdSSR und der Volksdemokratien aus Tarnungsgründen unterstreichen sollte, die Katze aus dem Sacke ließ. Sie schrieb nämlich:

"Das Lernen von den kommunistischen Methoden des sowjetischen Volkes muß mit dem Bewußtsein geschehen, daß die DDR von Sozialismus und vom unmittelbaren Übergang zum Sozialismus (noch, so Red.) die Aufgabe trennt, auf deren Lösung alle Kräfte konzentriert sein müssen: "Der Kampf um die Einheit Deutschlands".

Vor einer zweiten bedingungslosen Kapitulation ?

A.E. In den Regierungsparteien, die bisher in allen entscheidenden Fragen dem Kanzler treue Gefolgschaft leisteten, macht sich in wachsendem Maße Unruhe über den außenpolitischen Kurs Adenauers bemerkbar. Das zeigte sich besonders bei der namentlichen Abstimmung über die von den Koalitions-Parteien zum Abschluß der zweitägigen Verteidigungs-Debatte eingebrachten Entschliefungen. Von den 36 Abgeordneten, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, waren nach dem Bundestags-Protokoll 15 entschuldigt. Sie konnten infolge Krankheit und anderer dringender Gründe an dieser Sitzung des Bundestages überhaupt nicht teilnehmen. 21 Abgeordnete aber wählten der Vorsicht besseren Teil und blieben der Abstimmung fern, davon allein zehn Abgeordnete der FDP, einer Regierungspartei.

Das Mißtrauen gegen den außenpolitischen Kurs des Bundeskanzlers reicht weit bis in die Regierungs-Koalition hinein. Der Kanzler, der bisher überlegen seine Partner dirigierte, muß nun erstmalig mit ernsthaften Schwierigkeiten rechnen. Ihm kommt es darauf an, den deutschen Wehrbeitrag unter allen Umständen durchzusetzen - er ist geradezu versessen darauf, ihn auch möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen, um in die Nachkriegsgeschichte als der Kanzler einzugehen, dem das Kunststück einer deutschen Wiederbewaffnung gelungen ist.

Dem Kanzler mag es vielleicht gelingen, die widerstrebenden und rebellierenden Geister innerhalb seiner Koalition noch einmal zu bändigen. Nicht beeinflussen kann er das Klima, in welchem die internen westalliierten Verhandlungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag stattfinden - ein für den Kanzler sehr ungünstiges Klima. Wie die Dinge heute liegen, kann Dr. Adenauer seinen Wehrbeitrag nur durchbringen, wenn er bereit ist, vor den französischen Forderungen bedingungslos zu kapitulieren - eine Aussicht, die sein politisches Ansehen in der deutschen Öffentlichkeit weiterhin außerordentlich schwächen würde. Immer deutlicher zeichnet sich das Fiasco seiner Politik der ständigen Verleistungen und des allzu bereiten Nachgebens ab.

+ + +

Eine Reihe von CDU-Abgeordneten haben im Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über das Verbot von Spielbanken vorgelegt.

In dem Lexikon für Theologie und Kirche (Freiburg 1937, Band 9, S. 724, herausgegeben vom Bischof von Regensburg, Michael Buchberger) findet sich zu diesem Thema folgende interessante Feststellung von Professor Hagensteiner:

"Öffentliche Spiele, zum Beispiel Staatslotterien, selbst Spielbanken, sind an sich nicht zu beanstanden, ja können als Quelle staatlicher Einkünfte und durch eine geordnete Befriedigung des Spieltriebes gute Dienste leisten. Gefährlich wirken sich unkontrollierte Spielbanken aus, denen die Spielleidenschaft bedauernde Opfer betrügerischer Ausbeutung zuführt. Ihr Betrieb ist die nächste Mitwirkung zu schweren Sünden".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau